Ausgabe **62** - April 2011

ATTENZIONE

LINKE INFOBROSCHÜRE FÜR PIRNA UND UMGEBUNG

- Polizei und Menschenrechte!
- In Interview: Opfer von Polizeigewalt
- Im Blick: Razzia am 19.02.2011
- Im Gedenken: Entnazifizierung in Pirna
- Nachgefragt: Beim Roten Baum

Neues Rechtes Bündnis

Anfang Februar gründeten vier kleine rechtskonservative Parteien ein neues Wahlbündnis. Die „Bürgerbewegung Pro Sachsen“ möchte nun zur nächsten Landtagswahl 2014 antreten. Im Zusammenschluss sind nun die Sächsische Volkspartei (SVP), “Arbeit, Familie, Vaterland”, die Deutsche Soziale Union (DSU) und die Freiheitliche Partei Deutschlands (FPD) organisiert. Kopf des Bündnisses wird der ehemalige Bundestagsabgeordnete und CDU-Aussteiger Henry Nitzsche sein. Nitzsche schied im Jahr 2006 wegen rechter Äußerungen aus der CDU aus. Ein weiteres prominentes Mitglied ist der ehemalige sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Mirko Schmidt. Schmidt trat 2005 aus der NPD aus und gründete die SVP. Ähnliches unternahm sein damaliger Kollege Klaus Baier. Nach seinem Austritt aus der NPD trat er in die DSU ein und dürfte damit auch im neuen Bündnis aktiv sein.
Welche Ziele die Bürgerbewegung hat, fasst Henry Nitzsche gegenüber der Sächsischen Zeitung kurz zusammen: “Wichtig sind uns ein starkes Sachsen, die Nation und das deutsche Vaterland”. Ob das Bündnis einen Erfolg erzielen kann ist eher fraglich, dennoch könnten sie CDU und NPD wenige Prozente abnehmen. Bei dem jetzigen Kurs der NPD könnte das auch den Wiedereinzug in den Landtag verhindern.

Anti-Atomkraft auch in Pirna

Pirna. Zu einer Mahnwache gegen Atomkraftwerke kamen am 16. März etwa 40 Menschen. Sie waren dem Aufruf des parteiübergreifenden Bündnisses von Grünen, SPD und Linken gefolgt und trafen sich in der Pirnaer Altstadt.

Zu den Redner_innen zählten der Landtagsabgeordnete Johannes Lichdi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Ines Kummer (Kreisvorstandes DIE GRÜNEN) und Anja Oehm (Kreisvorstand DIE LINKE). Eine weitere Rednerin war Jane Grass vom Verein Eine-Welt-Laden, die über die Arbeitsbedingungen der Uranbergleute in Lateinamerika berichtete. Geplant ist nun, diesen Protest weiter stattfinden zu lassen und damit den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergieerzeugung zu beschleunigen. Mit der Mahnwache sollten außerdem die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge zum Wechsel auf erneuerbare Energie aufgefordert werden.

Aufrichtige Anteilnahme

Freiburg. Bei einem tragischen Unfall am Bahnhof Lahr kam am 13. März der 33-Jährige Sascha Wagener (LINKE) ums Leben. Sascha zog 2007 nach Königstein und 2008 als Abgeordneter in den Kreistag Sächsische Schweiz - Osterzgebirge. Er setzte sich unter anderem für eine Gedenktafel des ehemaligen Konzentrationslagers in Königstein ein. Als Gesprächspartner und Teilnehmer verschiedener AKuBiZ- Veranstaltungen lehrten wir Sascha kennen und behalten ihn in guter Erinnerung. Zur Kreistagssitzung am 28. März hielten die Abgeordneten eine Schweigeminute für das ehemalige Mitglied.
In aufrichtiger Anteilnahme, AKuBiZ e.V.

Zapatistas-Veranstaltung in Pirna

Im vergangenen Monat berichtete Luz Kerkeling über die Situation der indigenen Bevölkerung in Mexiko. Zum Vortragsabend waren 20 Personen in das Büro des AKuBiZ gekommen, in dem auch noch bis Ende April eine Ausstellung zum Thema zu sehen sein wird. Neben Repressionen durch Milizionäre erzählte Luz Kerkeling - der schon mehrere Mal vor Ort war - auch über Zwangsumsiedlungen. Im Januar 1994 wehrten sich indigene Gruppen und begannen einen bewaffneten Aufstand. Die Auseinandersetzungen gipfelten in einem Überfall rechter Paramilitärs in Acteal am 22. Dezember 1997 auf eine zum Gottesdienst versammelte Gemeinde, bei dem 45 Menschen ermordet wurden. Das Motto der Zapatistas ist bis Heute der Kampf um „Eine Welt, in der viele Welten Platz haben.“
Mehr unter: www.zwischenzeit-muenster.de

Gisela aus Brandenburg steigt aus

„Vor gut einem Jahr sprachen mich mein Enkel und seine Freunde an und baten um Unterstützung. Was ihnen damals widerfuhr, macht mich heute noch ganz wütend: Medienwirksam wurde ihnen unterstellt, sie riefen zu Gewalt auf.“ erklärt Gisela Müller, ehemaliges CDU-Mitglied.
Die neue Kampagne Brandenburger Initiativen erregt aufsehen durch Witz. Auf www.giselamueller.org gibt es weitere Informationen. Dort gibt es auch die Broschüre zu Download. Es lohnt!

500 Nazis können in Nový Bydžov (Tschechien) demonstrieren

H.N./Praha: Am 12. März konnten 500 Mitglieder und Anhänger der neofaschistischen DSSS (Dělnická strána sociální spravedlnosti – Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit) im nordostböhmischen Nový Bydžov gegen eine vermeintliche „Romakriminalität“ demonstrieren. Der Demonstration vorausgegangen waren antiziganistische Äußerungen des Bürgermeisters von Nový Bydžov, Pavel Louda. So wurde auf der offiziellen Webseite der Stadt verbreitet, dass „‘Zigeuner‘ vergewaltigten“, ein Dokument mit dem Titel „Maßnahmen der Stadt“ war voller Pauschalisierungen und Vorurteile - so schrieben die tschechischen Grünen in ihrem Aufruf zur Verhinderung der Nazidemonstration. Weiterhin zur Verhinderung aufgerufen hatten Romainitiativen, die tschechische Piratenpartei und Antifaschist_innen.

Den Aufrufen folgten am Samstagvormittag rund 200 Menschen, darunter auch die ehemaligen Minister für Menschenrechte, Michael Kocáb und Džamila Stehlíková. Eine kurzzeitige Blockade der Demonstrationroute wurde von der Polizei brutal geräumt. Berittene Polizist_innen schlugen dabei mit langen Schlagstöcken auf die Protestierenden. Dabei gab es mehrere Verletzte unter den Blockierenden. Beteiligte berichteten auch über den Einsatz von Schockgranaten durch die Polizei.

Nach der Nazidemonstrantion griffen Anhänger der DSSS drei Romas an. Einer wurde dabei schwer verletzt und mit einer Gehirnerschütterung in das Krankenhaus in Nový Bydžov gebracht. Die Polizei beschuldigt mittlerweile 13 Täter des „Rowdytums“

Höhere Strafen für Brandanschlag auf Roma-Familie verhängt

H.N./Praha: Das Obergericht in Olomouc (Tschechien) hat für den Brandanschlag auf eine Roma-Familie in Bedřiška in der Nacht zum 14. März 2010 höhere Strafen verhängt und damit die Entscheidung des Kreisgerichtes Ostrava aufgehoben. Bei den Tätern handelt es sich um die beiden Nachbarn der Roma-Familie. Der minderjährige Täter warf einen Brandsatz in das Kinderzimmer seiner 13-jährigen Nachbarin. Das Mädchen wurde durch den Lärm geweckt und konnte den Brandsatz löschen. Kurz nach dem Anschlag berichteten Medien über ein rassistisches Motiv der Tat.
Die Staatsanwältin Brigita Bilíková konnte dieses nicht nachweisen und nannte als Motiv ‚schlechte Nachbarschaftsbeziehungen‘. Am 08. März 2011 verurteilte das Obergericht den jugendlichen Täter zu einer Haftstrafe von vier Jahren Gefängnis, seine Mutter wurde zu sieben Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt. Die ursprünglichen Urteile, drei Jahre Haft für den Sohn und 18 Monate für die Mutter, jeweils zur Bewährung ausgesetzt, wurden damit deutlich verschärft.

NPD versagt in Sachsen-Anhalt

Magdeburg. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt hat die NPD den erhofften Einzug verpasst. Immerhin kommt die NPD mit ihrem Ergebnis noch vor die FDP. Mit 4,6 % der Zweitstimmen und 3,6 % der Erststimmen blieb sie aber unter ihren Erwartungen und war deshalb auch dementsprechend ungehalten. Die Kamerad_innen sind sich einig: Es sei die Schuld der Medien.
Das beste Ergebnis erreichte die NPD in Nebra, wo 8,4 % erlangt wurden. Dort kam der 53-Jährige Kandidat mit dem „Hitlerbärtchen“ Lutz Battke sogar auf 9,1 %.

Interview

Ein Betroffener polizeilicher Gewalt

Im November 2004 verübten Nazis in Wurzen einen Sprengstoffanschlag auf das Büro des Netzwerkes für Demokratische Kultur e.V. (NDK). Bei einer spontanen Aktion demonstrierten danach über 200 Menschen gegen rechte Gewalt. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit der überforderten Polizei, die einen der Demonstranten schwer verletzte. Der Betroffene stellte eine Anzeige und versuchte sechs Jahre vergebens, dass schlagende Beamte zur Verantwortung gezogen werden. Steffen Richter im Gespräch mit dem Geschädigten.

1. Nach einer angemeldeten Kundgebung gab es den Versuch einer Demonstration gegen rechte Gewalt durch Wurzen. Die Polizei wollte dies verhindern, wobei dir Zähne und ein Stück Kiefer ausgeschlagen wurden. Was ist an dem Abend passiert?

Ich war wie 250 weitere Personen zum Wurzener Bahnhof gekommen, um meine Solidarität mit dem durch einen Sprengstoffanschlag angegriffenen Netzwerk für Demokratische Kultur Wurzen (NDK) zu zeigen. Unser Demonstrationszug wurde jedoch nach wenigen Metern von mehreren Bereitschaftspolizisten attackiert. Ohne dass es eine Durchsage der Polizei gab wurden die Personen in den ersten Reihen von den Beamten geschubst, getreten und vereinzelt mit Schlagstöcken geschlagen. Dabei wurde ich von einem der Beamten mutwillig in den Mundraum geschlagen und erheblich verletzt, bevor sich die Polizei wieder auf den Gehweg zurückzog. Wenig später wurde der gesamte Demonstrationszug am Weiterlaufen gehindert und aufgelöst.
Auch andere TeilnehmerInnen erlitten an diesem Abend Verletzungen durch rüden Schlagstockgebrauch seitens der Polizei. Eine Freundin, die ich in der Notaufnahme traf, trug eine Kopfplatzwunde davon.

2. Du hast versucht, einen Prozess zu führen, der dann leider gescheitert ist. Warum?

Ich habe zunächst versucht, den Täter direkt zu belangen. Dieser konnte jedoch durch die Staatsanwaltschaft nicht ermittelt werden, obwohl sich der Kreis der Täter auf ca. 15 Beamte einer Einheit eingrenzen liess. Aufgrund der uniformen Bekleidung der Beamten und fehlender eindeutiger Kennzeichnung war mir eine genaue Personenbeschreibung unmöglich. Einen direkten Zeugen des Angriffs, der den Polizisten hätte verfolgen können, konnte ich nicht ausfindig machen. So blieb nur der Weg, den Freistaat als Dienstgeber des Schlägers in Amtshaftung zu nehmen und von ihm wenigstens Schadensersatz und Schmerzensgeld zu verlangen. Dieses Verfahren zog sich über mehrere Instanzen und endete kürzlich mit einem Urteil des Oberlandesgericht Dresden zu meinem Nachteil. Nicht alle Richter im Senat konnten zweifelsfrei von dem Schlag überzeugt werden. Letztlich gaben Detailfragen über den Ablauf den Ausschlag. Immerhin zeigten sie sich aber im Urteil verwundert darüber, dass der Angriff von Seiten des Freistaates nie bestritten wurde.

3. Welche Chancen haben Menschen denn dann gegen Polizeigewalt vorzugehen, wenn Beamte nicht ermittelt werden und es keine Kennzeichnungspflicht für diese gibt?

Ich war erstaunt wie schlecht es um die Chancen steht Straftäter in Uniform gerichtsfest zu verurteilen, selbst wenn die Fakten unbestreitbar sind. Es braucht schon eine starke Unterstützung durch das persönliche Umfeld oder Gruppen wie die Rote Hilfe und Amnesty International, um die Kraft aufzubringen, in einer Situation der Niedergeschlagenheit aktiv für sein Recht zu kämpfen. Das durch den Corpsgeist der Beamten bedingte Schweigen über die Taten der Kollegen, der ungerechtfertigte Vertrauensvorschuss für Polizei- und Behördenzeugen vor Gericht und die fehlende Kennzeichnung im Einsatz führen in einer alarmierend hohen Anzahl der Ermittlungsverfahren gegen Polizisten zu Verfahrenseinstellungen. Kommt es dennoch zu Verurteilungen ist dafür oft eine gute Dokumentation der Tat, beispielsweise durch Videoaufnahmen, ausschlaggebend. Nicht zuletzt sind ZeugInnenaussagen nach wie vor von Belang.

Wer Übergriffe von Polizisten auf Menschen beobachtet sollte sich unbedingt deren Einheit oder auch die KFZ-Kennzeichen der Fahrzeuge notieren, ein Gedächtnisprotokoll anfertigen und sich beim Ermittlungsausschuss oder FreundInnen des Betroffenen als ZeugIn zur Verfügung stellen. Das kann jede/r leisten, wird aber viel zu häufig unterlassen.

4. Was denkst du heute, wenn du Bilder - wie am 19.02. - siehst, wo Polizisten auf Blockierende einschlagen, Pfefferspray und Wasserwerfer einsetzen und ihre Hunde auf Demonstrant_innen loslassen?

Ob bei Großlagen wie dem 19.02. in Dresden und den CASTOR-Transporten ins Wendland oder im kleinen Rahmen wie damals in Wurzen - es zeigt sich immer wieder, dass Polizisten der Verantwortung, die mit dem Tragen von Bewaffnung einher geh,t nicht gewachsen sind. Protektorhandschuhe, Schlagstöcke, Wasserwerfer, Polizeihunde und Pfefferspray sind dazu geeignet, schwerste und dauerhafte Verletzungen hervorzurufen. Ihr Einsatz muss immer das allerletzte Mittel sein. Stattdessen ist es überall dort, wo Bereitschaftspolizei auftritt, ob bei Demonstrationen oder in Stadien, zum unhinterfragten Standard geworden. Manchmal wünsche ich mir, diese Beamten würden selbst mal etwas von ihren Kollegen abbekommen, um zu realisieren, dass ihr Verhalten brandgefährlich ist.

5. War das Erlebnis Grund für dich, sich nicht mehr zu engagieren und was rätst du Menschen, die ähnliche Erfahrungen machen?

Nein. An meiner inneren Unruhe und dem Wille mich einzumischen und mir persönlich wichtige Dinge voran zu bringen hat sich nichts geändert. Es gibt ja auch noch viel zu viel zu tun. Der Angriff und meine Erfahrungen mit den Prozessen haben mich aber für das Thema Polizeigewalt stärker sensibilisiert als ich es bisher war. Auf diesem Feld liegt noch viel Arbeit vor uns. Eine allgemeine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte kann nur der Anfang sein.

Alle, die in eine ähnliche Situation geraten, sollten ein Gedächtnisprotokoll über das Erlebte anfertigen und unverzüglich Kontakt zur nächsten Ortsgruppe von Amnesty oder der Roten Hilfe suchen. Dort gibt es Leute, die das ernst nehmen, Erfahrungen auf dem Gebiet gesammelt haben und bei Öffentlichkeitsarbeit und einer möglicher Suche nach vertrauenswürdigen AnwältInnen helfen können. Ich war sehr froh, dass mich ein breiter Freundeskreis und meine Familie stark unterstützte. Aufgrund der erheblichen Verletzungen waren mir wochenlang die Hände gebunden. Da spürte ich, wie wichtig praktische Solidarität ist. Dafür bin ich sehr dankbar.

Vielen Dank für das Interview und weiterhin alles Gute!

Gegen fehlende Transparenz und Übersicht

Gerade in den letzten Monaten sehen wir im Fernsehen immer wieder prügelnde Polizist_innen. Die Kommentare aus Politik und Medien sind fast immer kritisch - auf der Seite der Bürger_innen. Doch kommen die Bilder nicht aus Deutschland!

Wie ist es, wenn hier Beamte Schlagstöcke, Pfefferspray oder Wasserwerfer einsetzen? Nach den Demonstrationen um den 19.02. in Dresden erklärte der Allgemeine Sanitätsdienst (ASDS), die Polizei habe rund 150 Menschen verletzt, weitere mussten sich nach Pfeffersprayeinsätzen behandeln lassen. In den Medien kommt eine Kritik zum Einsatz nur sehr zaghaft, wenn überhaupt. Das Menschenrechtsverletzungen während Poizeieinsätzen nur wenig Widerspruch finden, bleibt vor allem ein Problem der gegenwärtig und zukünftig Betroffenen. Hinweise darauf, dass es sich dabei eben nicht nur um Einzelfälle handelt, zeigen unzählige Videos im Internet.

Probleme offensiv ansprechen

Seit Monaten ist Amnesty International unterwegs, um über Menschenrechtsverletzungen im Polizeieinsatz aufzuklären. Die mangelnde Aufklärung von Straftaten durch Polizeibeamte ließ die Organisation aktiv werden - auch, weil die Bundesregierung keine Notwendigkeit für eine Kennzeichnungspflicht von Beamten sieht. „Würde eine namentliche Kennzeichnung eingeführt, bestünde die Gefahr, dass sich Übergriffe auf Polizeibeamte häufen und berechtigte Schutzinteressen der Beamten gefährdet werden könnten“, erklärt sie in einer Antwort auf die Anfrage von Oppositionspolitiker_innen. Die Betroffenen dieser Gewalt sehen dies aber anders. Mehr als 25.000 Menschen unterstützen laut Amnesty International die Forderung nach mehr Transparenz und Verantwortung bei der Polizei. „Das ist ein deutliches Signal an die Verantwortlichen in Bund und Ländern“, sagte Generalsekretärin Monika Lüke. Erste positive Signale kommen aus Berlin und Brandenburg.
Dort haben sich die Landesregierungen für eine Kennzeichnung ausgesprochen. In Berlin gibt es die Kennzeichnung durch Namen oder Nummern nun schon seit dem 01. Januar 2011 - verbunden mit der Hoffnung, dass andere Bundesländer nachziehen. Der Brandenburger Vorstoß kommt sogar von der CDU. Nun sind die anderen Landesregierungen gefragt, damit es nicht, wie in der TAZ vom 07.11.2009 beschrieben, heißen muss: „Als Demonstrant müsste man dann hoffen, von einem Berliner Polizisten niedergeknüppelt zu werden. Den könnte man später wenigstens ermitteln.“

Opfer ohne Rechte

Eines der schlimmsten Beispiele von polizeilichem Fehlverhalten ist der Fall um Oury Jalloh. Der junge Mann war 2005 im Polizeigewahrsam in Dessau verbrannt, ohne dass ihm Beamte halfen. Immer wieder verstrickten sich diese in Widersprüche, dennoch wurden sie im Dezember 2008 freigesprochen. Es wurde Revision eingelegt und der Bundesgerichtshof hob das Urteil auf. Die Vorsitzende Richterin Tepperwien äußerte gegenüber der taz, dass bei der Dessauer Polizei mangelnde Aufklärungsbereitschaft vorliege. Seit Januar 2011 wird vor dem Landgericht Magdeburg neu verhandelt. Damit dauert der Prozess nun bereits 6 Jahre.
Das selbst solche schweren Fälle ohne rechtliche Konsequenzen bleiben, ist kein Einzelfall. Die Liste von Menschen, die bei Polizeieinsätzen umkamen, ist lang. So zum Beispiel der Frankfurter Antifaschist Günter Sare. Bei Protesten gegen eine Veranstaltung der NPD war er am 28. September 1985 erst von einem Wasserwerferstrahl erfasst und dann von dem schweren Wagen überfahren wurden. Ärzte und Sanitäter konnten ihn nicht retten, er starb an den Verletzungen. Im November 1990 endete der lange Prozess mit einem Freispruch und der Erkenntnis, dass Fehlverhalten von Beamten ohne Nachspiel bleibt.

In einem anderen Fall wurde ein kurdischer Aktivist durch einen Schuss in den Rücken getötet. Halim Dener war am 29. Juni 1997 unterwegs um Plakate für die Befreiung Kurdistans zu kleben. Das Gericht erklärte, der angeklagte SEK-Beamte habe in einer Streßsituation gehandelt und sprach diesen frei. Eines von vielen Skandal-Urteilen!

Einführung unabhängiger Untersuchungsmechanismen

Häufig auftretende Vorwürfe gegen die Polizei und deren mangelnde Breitschaft zur Aufklärung sprechen dafür, dass eine unabhängige Kontrolle von Beamten eingeführt werden muss. In einigen Ländern ist so eine Kommision längst vorhanden. Hier hilft zum Beispiel ein Blick nach Großbritanien, wo eine Sonderinspektion der Polizei Empfehlungen für eine an Großproteste angepasste Polizeiarbeit abgegeben hat, und wo mit der Independent Police Complaints Commission (IPCC) eine unabhängige Untersuchungskommissi-

on besteht. Es gebe bereits genügend Möglichkeiten, sich zu beschweren, bekundet daraufhin allerdings Peter Schall (Gewerkschaft der Polizei) in einer Pressemitteilung vom 18.07.2010.
Die Angst der Beamten vor Kontrolle kann nicht nachvollzogen und muss weiter kritisiert werden. Auf der einen Seite entsteht der Wunsch nach mehr Vertrauen zu Polizei, andererseits ist diese nicht bereit, vertrauensbildende Maßnahmen zu entwickeln. Schlagende Polizist_innen, die fast nie zur Verantwortung gezogen werden, bilden eben kein Vertrauen. So geschieht es dann auch, dass bei Übergriffen einzelner Beamter immer die Poizei als Ganzes in der Kritik steht.

Entsetzen nach Stuttgart 21-Protesten

Eines der bekanntesten Beispiele der letzten Jahre ist sicher die Auseinandersetzung in Stuttgart, als tausende Bürger_innen gegen das Bauprojekt Stuttgart 21 protestierten. Hier wurde ein altes Thema neu aufgerollt. Seit Jahren gibt es Kritik am Einsatz von Wasserwerfern. In Dresden wurden diese am 19. Februar bei unter 0 Grad wahllos gegen Demonstrant_innen eingesetzt, so dass von einer Gefahrenabwehr keine Rede sein kann. Großes Entsetzen gab es im letzten Jahr, als Beamte auf friedlich Protestierende in Stuttgart einschlugen und diese mit Wasserwerfern traktierten.

Am 30. September 2010 wurde bei einer Demonstration gegen das Projekt Stuttgart 21 der Versammlungsteilnehmer Dietrich Wagner durch einen Wasserstrahl frontal in die Augen getroffen, so dass dieser fast ganz erblindete. Ein Amateurvideo zeigt den gezielten Einsatz gegen einen Rollstuhlfahrer. Das von ihm eine Gefahr für die Beamten oder für die öffentliche Sicherheit ausging, ist im Video nicht zu sehen. Dennoch wird er mehrere Minuten lang durch einen Wasserwerfer bespritzt. Unzählige weitere Filme sind im Internet zu finden, auf denen ähnliche Szenen zu sehen sind. Allein für die Auseinandersetzungen am 30. September gingen 380 Strafanzeigen gegen Polizist_innen ein. Wäre es nicht so traurig, könnten allein die Amateurvideos ein abendfüllendes Programm sein. Junge Polizist_innen schlagen Menschen, die ihren Protest friedlich zum Ausdruck bringen. Im Nachgang hieß es, die Beamten seien mit der Situation überfordert gewesen. Ein schwierig nachzuvollziehendes Argument. Wenn die Polizei mit friedlichen Protesten überfordert sind, welche Sicherheit wollen sie dann bei problematischen Situationen bieten können?

Häufige Angriffe auf Polizist_innen

Aber es gibt auch noch ein zweites Argument. Gerade dann, wenn bei einem Einsatz durch „hartes Vorgehen“ Demonstrant_innen verletzt wurden, lesen wir nachher die Meldungen über Angriffe auf Beamte. So war es bei den Castor-Transporten, den Stuttgart-Protesten und den Antinazi-Demonstrationen in Dresden. Bei Letzteren meldete die Polizei erst 82, später 112 Verletzte und präsentierte einen Tisch mit „Gegenständen der Linksextremisten“. Auch nach Protesten in Stuttgart sprach die Polizei von einer Vielzahl verbaler Attacken gegen Beamte. Ohne Zweifel wird es diese Angriffe auch geben, steht doch in oben genannten Fällen die Polizei sinnbildlich für den Staat, der Proteste seiner Bürger_innen (um Notfall auch mit Gewalt) verhindern möchte. Dass auch für Beamte ein Recht auf Unversehrtheit besteht, ist gar keine Frage, allerdings sind die Voraussetzungen völlig unterschiedliche. Wenn dann Medien oder Politiker_innen über „bürgerkriegsähnliche Zustände“ sprechen, ist das - gerade angesichts der Situationen in Lybien - Populismus pur. Die hohe Zahl von verletzten Beamten kommt auch daher, dass die Anzeige von Verletzungen aus versicherungstechnischen Gründen von Belangen ist. Viel seltener werden Demonstrant_innen blaue Flecke oder Kratzer zur Anzeige bringen, ist doch die Aussicht auf einen erfolgreichen Prozess nicht gegeben.

Forderung nach mehr Transparenz

Letzten Endes sollten wir unsere Forderungen aufrecht erhalten und Transparenz erstreiten. Eine unabhängige Untersuchungskommision, die Straftaten von Polizist_innen zur Anzeige bringt und verfolgt, wäre ein deutliches Signal. Es hilft auch nichts, dass Politiker_innen immer wieder eine mögliche Mitschuld von Beamten bei Gewalt völlig außer Frage stellen. Die bisherigen Ereignisse, wie das Geschilderte zum Fall Oury Jalloh, werfen ein völlig anderes und deutlich schlechtes Bild auf die Umsetzung der Menschenrechte. Dem gilt es etwas entgegen zu setzen!

Quelle und weitere Informationen: http://www.amnestypolizei.de und http://freundeskreis-videoclips.de/polizeigewalt-in-berlin-2006

Entnazifizierung in Pirna

Teil 2: Entfernung aktiver Nazis aus Ämtern
(Verwaltung, Schulen, Polizei, Justiz)

Im Aufruf des Kriegskommandanten zu Pirna vom 12. Mai 1945 werden alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der einzelnen Behörden aufgefordert, sich am Montag, dem 14. Mai 1945 wieder zur Arbeit einzufinden. Mit der Aufnahme der Arbeit durch neue Kräfte aus dem Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien, die an die Spitze der einzelnen Ratsabteilungen beim Pirnaer Stadtrat traten, wurden sehr bald viele Angestellte der Verwaltung, die der NSDAP angehört hatten, aus dem Dienst entlassen. Im November 1945 hatte der Rat der Kommandantur dazu Rechenschaft zu legen.

Vom November 1946 datiert eine Übersicht, nach der vor dem 8.5.1945 im öffentlichen Dienst der Stadtverwaltung 187 Mitglieder der NSDAP beschäftigt waren, von denen nach dem 8.5.1945 118 wieder eingestellt, 96 davon allerdings wieder entlassen wurden. 22 ehemalige NSDAP-Mitglieder verblieben also in der Stadtverwaltung, teils weil sie als nicht belastete Mitläufer galten oder aber wegen spezieller fachlicher Kompetenz weiter benötigt wurden. Dr. Uhlemann wurde als Lehrer entlassen, durfte aber vorerst noch als Leiter der Stadtarchivs verbleiben.

Entlassungen gab es auch in wirtschaftlichen Unternehmen. Dabei fällt auf, dass dort weit weniger rigoros verfahren wurde, weil ja die privatwirtschaftlichen Bereiche, soweit sie nicht unter Beschlagnahme gefallen waren, nicht der Entscheidung der Besatzungsmacht oder der städtischen Verwaltung unterlagen und Säuberungen eher Empfehlungen als Anweisungen folgten.

Die meisten Entlassenen (1236) waren bereits bis zum Juni 1946 ausgeschieden und bis zum Januar 1947 folgten weitere 184. Immerhin verblieben mit Stand vom 17.1.1947 832 ehemalige NSDAP-Mitglieder in ihren Arbeitsverhältnissen, wenn auch nicht immer in gleichen Funktionen.

Bei der Polizei waren auf Anordnung der Kriegskommandantur alle Beamten zu entlassen. Für sie stellte man nach Vorschlägen der KPD, der SPD und des Kartells der Arbeit (Gewerkschaft) 10 neue Polizisten ein. Bei der Stadtverwaltung war eine Entnazifizierungskommission tätig, die über Verbleib oder Entlassung der ehemaligen NSDAP-Mitglieder zu entscheiden hatte. Sie stand unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Wetzig. Ihr gehörten weiter an der Leiter des Personalamtes Bauer, als Vertreter der Öffentlichkeit Pramann (SED), Stieler (LDP), Kaczmarek (CDU), Krauße (FDGB) und Adam als Betriebsratsvorsitzender der städtischen Arbeiter und Angestellten.

Erkennbar wird, mit welcher Rigorosität besonders in Bildung und Justiz und Polizei verfahren wurde. Neue Laienlehrer und Laienrichter mussten in zunächst kurzen Lehrgängen für ihre Aufgaben herangebildet werden. Sie befanden sich in der Folgezeit in einem permanenten mehrjährigen Weiterbildungsprozess neben ihrer Tätigkeit oder wurden zwischenzeitlich zum Studium delegiert.

Den höchsten Anteil verbliebener ehemaliger NSDAP-Mitglieder verzeichnen wir im Gesundheitswesen, wo nur wenige Ärzte vor 1945 nicht der NSDAP angehört hatten. Auf sie konnte nicht verzichtet werden. Da sah man schon mal darüber hinweg, wenn sich ein Arzt als SA-Sturmführer im März 1945 zur „Machtübernahme“ mit ins Pirnaer Rathaus begeben hatte.

Zur personellen Situation in der Polizei hieß es: „Von den jetzt noch im Dienst befindlichen Polizeibediensteten waren früher Angehörige der SS, SA, SD, Gestapo – jeweils keiner; NSDAP - 1, HJ einschl. BDM - 10, der früheren Polizei 2. Seit Bestehen der neuen Polizei wurden entlassen: frühere Angehörige der SS - 3, der SA – 4, SD-, Gestapo- NSDAP-Angehörige – 20, HJ/BDM – 1, früheren Polizei – 24.“

Fast alle Polizeiangehörigen gehörten Anfang 1947 der SED an. Die Mehrzahl von ihnen war von den Nazis verfolgt worden und hatte Gefängnis-, Zuchthaus- oder KZ-Haft hinter sich. Die übrigen waren junge Leute, die sich der neuen Macht zur Verfügung stellten.

(Hugo Jensch - www.geschichte-pirna.de)

Foto: SA-Standarte 177 in Königstein-Halbestadt

Stürmung des Pressebüros in Dresden

19. Februar 2011 – 18:27 Uhr: Ein Knall, ein Schrei, die Polizei.

Sekunden nach dem Lärm stürmen Beamte einer Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit aus der Hansestadt Bremen in das Infobüro des Bündnis Dresden-Nazifrei. „Hände hoch, ich will eure Hände sehen“, schreien die Beamten und haben den Griff an der Waffe. Personalien werden aufgenommen. Zwei Beamte des Landeskriminalamtes Sachsen (LKA) versuchen den Einsatz zu erklären, kurze Zeit später erscheint ein Dresdner Staatsanwalt.
Mit abstrusen Anschuldigen versucht er den Einsatz zu verteidigen. Dann müssen die Tatverdächtigen in die Zelle eines Polizeifahrzeuges steigen und 90 Minuten warten. Wir sehen Menschen, die kommen, um ihrer Solidarität mit uns Ausdruck zu verleihen, das gibt Kraft. Es geht zum Polizeipräsidium in der Schießgasse. Bis 4 Uhr werden wir dort festgehalten, dann werden die in Gewahrsam genommenen Menschen auf andere Polizeireviere aufgeteilt, um dort eine erkennungsdienstliche Behandlung durchzuführen zu lassen. Am nächsten Morgen - 6 Uhr - hat die Odyssee ein Ende: Entlassung aus der Haft.

So verlief am Abend des 19.02. die Stürmung des Pressebüros des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ durch ein Sondereinsatzkommando der Polizei. Dabei drangen die Beamten in die Räume des Jugendvereins „Roter Baum“, aber auch in angrenzende Räume der Dresdner LINKEN, in eine Privatwohnung und eine Rechtsanwaltskanzlei ein. Sie zerstörten etwa 20 Türen, obgleich zu allen Schlüssel vorhanden waren und beschlagnahmten Computer und Handys.

In den kommenden Tagen meldeten sich viele Bekannte bei den Betroffenen. Auch jetzt noch bieten sie Hilfe an, hören zu. Solidarität spüre ich und bedanke mich an dieser Stelle dafür. Sicherlich wird diese weiter in Anspruch genommen werden. Genoss_innen, Freund_innen sind da - das gibt Kraft und Hoffnung für die kommenden juristischen Auseinandersetzungen.

Betroffene der Razzia - Dresden, März 2011

Interview mit dem Roten Baum e.V. zur Razzia

Am Abend des 19.02. wurde ein Teil der Räume des Jugendvereins Roter Baum durch ein Sondereinsatzkommando gestürmt und dabei beschädigt. Der Vorwurf lautete, dass die Menschen in den Räumen zu Straftaten gegen die Nazidemonstration aufgerufen hätten. Die CDU versuchte im Dresdener Stadtrat per Eilantrag die Förderung unter Vorbehalt zu stellen.

Wie seht ihr das Vorgehen des Sächsischen Innenministeriums und der Polizei nun, nach etwas Abstand?

Eigentlich unverändert. Für uns war klar, dass sich der Einsatz nicht gegen uns als Verein oder das Haus der Begegnung gerichtet hat. Nach mehreren Wochen hat das die Staatsanwaltschaft auch so bestätigt. Die Stürmung war ein Angriff auf die Infrastruktur des Bündnisses Dresden Nazifrei, in dem auch wir organisiert sind und für das wir an diesem Tag Räume für die Pressearbeit zur Verfügung gestellt haben.
Es ist ja auch sehr bezeichnend, dass das SEK nicht etwa am Mittag vorbeikam und dem „schlimmen kriminellen Treiben“ ein Ende bereitet hat, sondern erst, nachdem der Tag vorbei und sowohl Nazis als auch ein Großteil der Gegendemonstranten wieder abgefahren war. Und das, obwohl die Telefone schon seit längerem abgehört wurden. Wir denken, dass das ganz klar mit polizeilicher bzw. geheimdienstlicher Wissbegier zu erklären ist. Und am Abend dann nochmal zeigen, wer hier das Sagen hat - für uns wie gesagt eine klare Ansage gegen das Bündniss als Ganzes.
Das wiederum nach einem dermaßen desolaten Polizeieinsatz (Stichwort Praxis in Löbtau) und den Ungereimtheiten des abendlichen Überfalls (erst gar kein, dann ein falsch ausgestellter Durchsuchungsbescheid, keine sinnvolle Aufklärung über die konkreten Vorwürfe) nicht wenigstens die Einsatzleitung ihren Hut nimmt ist eigentlich eh ein Unding. „Sächsische Demokratie“ eben...

Gastbeitrag

Zur Razzia am 19.02. in Dresden

Welche Auswirkungen hatte die Razzia auf den Roten Baum?

Zunächst einmal ganz unmittelbare: Rechner weg, Türen kaputt etc. Unter solchen Bedingungen kann kein Mensch sinnvoll arbeiten. Darüber hinaus hat es jede Menge Arbeit bereitet. Wir mussten Pressemitteilungen verfassen, mit Anwälten reden, Schäden protokollieren und die kaputten Sachen wieder herrichten. Dazu kamen hunderte Gespräche mit Eltern, aber auch Vertretern aus Verwaltung und Gremien, in denen wir Mitglied sind. Alles in allem ein Haufen Arbeit, der neben unseren eigentlichen Tätigkeiten gestemmt werden musste. Im Winter und Frühling ist bei uns die Hauptzeit der Jugendweihe, knapp 500 Jugendliche besuchen Dutzende von Veranstaltungen, die betreut und organisiert werden müssen. Außerdem werden alle Ferienlager für den kommenden Sommer geplant. Da nervt die zusätzliche Arbeit wegen des Überfalls einfach nur.
Darüber hinaus gibt es natürlich noch die politische Komponente. Wir waren jetzt nicht sonderlich überrascht von dem Vorstoß von FDP und CDU, aber es ist schon mehr als ärgerlich für uns. Ohne irgendwelche Kenntnis von konkreten Vorwürfen zu haben wurde hier versucht, politisches Kapital aus unserer Lage zu ziehen - peinlich, aber wie gesagt leider nicht unerwartet.

Ihr habt nun unter dem Motto „Hände weg!“ eine Kampagne gestartet, wie ist das bisherige Ergebnis?

Der Imageschaden, den der Einsatz uns eingebracht hat, wird auch auf Dauer nicht wirklich wettzumachen sein. Umso mehr freuen wir uns, dass sich in den Tagen nach Start der Kampagne viele Hundert Menschen, Vereine und Organisationen mit uns und unserer Arbeit solidarisch erklärt haben. Es ist ein sehr gutes Gefühl, viele positive Reaktionen zu bekommen und Unterstützung von unseren Freunden und Mitstreitern zu erhalten. Dafür vielen Dank an Alle!

Wir wünschen dem Roten Baum weiterhin alles Gute!

www.addn.me zu neuen Förderrichtlinien

Ungeachtet des Protestes gegen Extremismusklausel und dem entgegengebrachten Misstrauen gegenüber zivilgesellschaftlichen Initiativen geht die schwarz-gelbe Landesregierung in Sachsen den nächsten Schritt. Wer Geld aus dem sächsischen Förderprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ bekommen will, soll in Zukunft seine Veröffentlichungen dem Ministerium vorlegen und abstimmen.
Diese bundesweit einmalige Regelung sorgt wieder einmal für Kritik in den Reihen von Opposition und Initiativen. Der SPD-Abgeordnete Henning Homann äußerte sich in der “Freien Presse” kritisch über die Einflussnahme des Ministeriums gegenüber der Initiativen, es “erweckt den Eindruck der Zensur”, so Homann. So werden die Initiativen verpflichtet “in geeigneter Art und Weise Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben”. “Öffentlichkeitsmaßnahmen” sollen mit der Koordinierungsstelle und der Regiestelle abgesprochen werden. Generell sollen alle Veröffentlichungen dem Ministerium übersendet werden.

Seit mehreren Jahren verzeichnen verschiedene Initiativen und Organisationen einen Anstieg rechter Gewalt in Deutschland. Nehmen die Übergriffe nicht überall quantitiv zu, so stieg vor allem im vergangenem Jahr die Qualität, mit denen Nazis Angriffe auf Menschen und Einrichtungen verübten. Einen Höhepunkt stellte dabei die Brandanschlagswelle in Dresden dar. In einem kurzen Zeitraum verübten bisher mehrheitlich Unbekannte drei Brandanschläge in weniger als zwei Wochen. Neben einer jüdischen Begräbnishalle wurden linke Wohnprojekte als Ziele ausgemacht. In einem Fall wurde ein Tatverdächtiger festgenommen, er ist seit mehreren Jahren in der Naziszene aktiv.

In Sachsen hat sich, aufgrund der breiten Akzeptanz von rechtem Gedankengut und dem Einzug der NPD in den Landtag vor knapp sieben Jahren, eine vielfältige Landschaft zivilgesellschaftlichen Initiativen gebildet. Dieses Engagement wurde bisher aus einem landesweiten Fördertopf “Weltoffenes Sachsen” unterstützt. Auf Bundesebene ist ebenfalls eine Förderung für solche Initiativen vorgesehen. Seit der schwarz-gelben Koalition auf Bundesebene, die unter Federführung von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) begann die Prioritäten neuzuordnen, wurden auch die Förderrichtlinien verändert.

Abgeschrieben

Um Geld von dem bundesweiten Förderprogramm in Anspruch nehmen zu können, bedarf es einer Kofinanzierung auf Landesebene. Im vergangenem Jahr brachte die Ministerin Schröder weitere Vorraussetzungen für die Förderung ein. Mit einem Bekenntnis zum Grundgesetz und der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" soll verhindert werden, dass sogenannte Extremisten Geld in Anspruch nehmen können (Extremismusklausel).

Desweiteren sollen sich die Initiativen verpflichten, ihre Partnerinnen und Partner zu überprüfen. Als Informationsquelle sollten unter anderem die Verfassungsschutzämter genutzt werden. Dieser Passus sorgte bundesweit für großen Protest, erinnert er doch sehr an die Beschnüffelungspraxis in der DDR. Hinzu kommt, dass die Informationen des Inlandsgeheimdienst nicht immer gesetzeskonform sind. Das belegen verschiedene Beispiele: In Nordrhein-Westfalen wurde die antifaschistische Zeitschrift "Lotta" zu Unrecht vom Verfassungsschutz als "linksextrem" eingestuft, ähnlich ergeht es zum wiederholten Male der Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) in Bayern. Eine Studie der Universität Freiburg stellte bereits 2009 fest, dass die meisten Verfassungsschutzberichte schlicht verfassungswidrig sind. Was auch eine über vier Jahrzehnte andauernde Beobachtung des Bremer Menschenrechtlers und Geheimdienstexperten Rolf Gössner festgestellt hat. Das Verwaltungsgericht Köln erklärte die Beobachtungen für rechtswidrig.

In Sachsen fand die Extremismusklausel die erste Anwendung bei der Vergabe des "sächsischen Demokratiepreises". Unter den Nominierungen befanden sich u.a. das "Alternative Kultur- und Bildungszentrum Sächsische Schweiz e.V." (AKuBiZ) und der Dresdner Verein "Bürger.Courage". Am Abend der Verleihung sorgte AKuBiZ für einen Eklat, weil der Verein den mit 10.000 € dotierten Preis aufgrund der Extremismusklausel nicht annehmen wollte. In einer Debatte im Landtag, in der das Thema Extremismusklausel im Mittelpunkt stand, entfachte sich eine Diskussion um die rechtliche Beurteilung der Klausel. Die Regierungsparteien und die NPD begrüßten die Klausel, wobei die NPD in üblicher Manier gegen die zivilgesellschaftlichen Initiativen hetzte. Jedoch sorgte auch die CDU für Furore, in dem sie das Engagement gegen Rechts mit "übereifrigen" Feuerwehrmännern verglich, die in Einzelfällen selbst Feuer legen würden. Diese Äußerungen sorgten in den Reihen der Opposition für lautstarke Empörung.

Diese zwangsläufige "Zusammenarbeit" mit dem Ministerium ist ebenso bindend wie die Extremismusklausel. Initiativen die sich nicht dazu bereit erklären, bekommen in Zukunft keine Förderung durch Landes- und Bundesmittel. Die schwarz-gelben Regierungen sehen scheinbar keinen Grund warum zivilgesellschaftliche Initiativen staatlich unabhängig agieren sollten. Bereits in den Diskussionen um die Extremismusklausel zeigten sich die sächsischen Fraktionen von CDU und FDP diskussionsresistent und die neuen Bestimmungen machen klar, dass keine Opposition oder Kritik aus den Kreisen der Zivilgesellschaft den Kurs verändern würde. Wie stark sie damit die zivilgesellschaftliche Landschaft in Sachsen verändert, bleibt abzuwarten.

Aktuelle Neuigkeiten und Veranstaltungen im April:

Ausstellung „Kinderleicht?“

Zwischen Mai 2007 und Juli 208 fotografierte Annett Körner 24 Mütter im alter von fünfzehn bis achtzehn Jahren in Sachen. Die Bilder entstanden bei mehreren Begegnungen, an denen Annett Körner und die Autorin Ellen Thümmler am Leben der jungen Frauen teilhaben und Einblick in ihren Alltag nehmen konnten.

Die GRÜNE-Fraktion im Sächsischen Landtag will mit diesem Ausstellungsprojekt auf die Situation minderjähriger Mütter aufmerksam machen und Partner_innen für politische Lösungen gewinnen. Sie hoffen weiterhin, mit Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen, um professionelle Unterstützung vor Ort zu erhalten.

Am 18. April 2011 wird die Schau im Pirnaer Uniwerk eröffnet. Der Kunstverein sitzt auf der Schmiedestrasse 55 in Pirna. Zur Ausstellungseröffnung wird auch die Landtagsabgeordnete Elke Herrmann zu Gast sein. Die sozialpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion hält die Grußworte.

Die Ausstellung wird bis zum 10. Juni 2011 zu sehen sein und kann mittwochs von 14-18 Uhr und samstags von 11-17 Uhr besichtigt werden. Der Eintritt ist kostenfrei!

Am 01. Juni 2011 findet begleitend zur Ausstellung ein Fachgespräch zum Thema „Minderjährige Mütter in Sachsen“ statt. Weitere Informationen über www.gruene-pirna.de

4. Wanderung des AKuBiZ e.V. auf den Spuren der Roten Bergsteiger

Am 16. und 17. April führt das AKuBiZ die vierte Wanderung zum Thema „Widerstand im Nationalsozialismus“ durch.

Auf den Spuren der Widerstandsgruppen wandern wir durch die Grenzregion zwischen Deutschland und Tschechien. An wichtigen Punkten gibt es Informationen zu Aktionen und Personen, die sich gegen Faschismus und Nationalsozialismus engagierten.

Für einen geringen Teilnehmenden-Beitrag gibt es die geführte Wanderung, Übernachtung und Essen. Wer sich anmelden will kann dies unter akubiz@gmx.de tun. Allerdings sind die Plätze begrenzt! Wer keinen mehr bekommt, hat vielleicht das nächste Mal Glück ;)

Impressum:

Die „attenzione“ versteht sich als alternatives Informationsheft des Vereins AKuBiZ e.V.
V.i.S.d.P.: AKuBiZ e.V.
Postfach 100204; 01782 Pirna
Internet: www.attenzione-pirna.de
E-Mail: akubiz@gmx.de
Erscheinungsweise: bis auf weiteres einmal jeden Monat.

Pirna LINKS:

http://asylsuchende.blogsport.de
www.akubiz.de
http://pirratten.pi.funpic.de
http://elbsandstein.blogsport.de
www.vvnbda-sachsen.de
www.raa-sachsen.de
www.kulturbuero-sachsen.de
www.attenzione-pirna.de
www.gedenkplaetze.info
http://ablehnung.blogsport.de

Hinweis: Wir benutzen den Unterstrich (z.B. Antifaschist_innen), um geschlechterneutral zu schreiben. Der Unterstrich markiert eine sprachliche Lücke und soll konservatives Geschlechterdenken aufbrechen.